

Energiepreise senken -

KERNKRAFTWERKE

ABSCHALTEN!

Drohung mit Stromausfällen

Fürsorglich drohen uns die Atomkonzerne, die sich gerne »Energieversorger« bezeichnen lassen, mit Stromausfällen. Ihr Motto: »Abschalten - Nein danke!« »Vier Netzbetreiber warnen angesichts des möglichen Aus für mehrere Kernkraftwerke vor Stromausfällen vor allem bei Lieferengpässen im Winter. Umweltminister Röttgen nimmt den Aufruf sehr ernst und spricht von ‚keiner leichten Situation‘.« (FAZ 24. Mai 2011) Womöglich bekommen wir es demnächst sogar mit einem inszenierten Blackout der Netzbetreiber zu tun. Was könnte nachdrücklicher die Warnungen vor Stromausfällen unterstreichen?!

Zahlen sollen mal wieder wir

Alle mal aber sollen wir für den Umstieg auf erneuerbare Energien zahlen. Nach dem Gespräch der Ministerpräsidenten der Länder mit der Kanzlerin am 15. April hieß es: Der Ausstieg aus der Atomenergie habe seinen Preis. Von drei Milliarden ist die Rede - die werden sich zunächst auf unseren Stromrechnungen wiederfinden und sodann in den Bilanzen der Energiekonzerne.

Profite der Konzerne explodieren

Im vergangenen Jahr machten die vier apokalyptischen Abzocker satte Profite: Eon 6,29 Milliarden Euro, RWE 7,58 Mrd. Euro, EnBW 1,17 Mrd Euro und Vattenfall 3,3 Mrd Euro. Diese vier Monopole teilen den Energiemarkt in Deutschland unter sich auf. Sie verbuchten zusammen 18,43 Mrd Euro Gewinn in ihren Bilanzen. 50,5 Millionen pro Tag. Das war ihnen zu wenig! Folglich musste die Bundesregierung im September die Verlängerung der Laufzeiten versprechen. Allein diese Verlängerung soll einen Mehrgewinn von 50 Milliarden Euro

erzeugen. Es ging schnell. Schon im Oktober wurde das neue Energiekonzept Gesetz.

Feigenblatt Sondersteuer

Als Feigenblatt des Riesendeals sollten die Kernkraftwerksbetreiber von 2011 bis 2016 eine jährliche Sondersteuer von 2,3 Milliarden Euro aus ihren »Mehrerlösen« an den Bund zahlen, außerdem mehrere hundert Millionen Euro an das »Sondervermögen Energie- und Klimafonds«, vorgeblich, um daraus erneuerbare Energien und Energieforschung zu finanzieren. Die Konzerne konnten aber steuermindernde Nachlässe sowie die Absetzbarkeit der Brennelementesteuer als Betriebsausgabe durchsetzen. Effekt: fünf Milliarden Euro weniger!

Förderung der Erneuerbaren gekappt

Henrik Paulitz von der Ärzteorganisation IPPNW im Oktober: »Ohnehin ist die morgige Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke nur der erste Akt eines Dramas, auf den der zweite zweifellos folgen wird: Der Umbau des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der Weise, dass der weitere dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien in Bürgerhand beendet wird. Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht vor, den jährlichen Zubau dezentraler Solar-, Wind- und Biomasseanlagen bis 2020 auf nahezu Null herunterzufahren.« Diese Strategie wurde schon im Februar von Jürgen Großmann, Chef von RWE, auf der Bilanzpressekonferenz seines Konzerns bestätigt: »Die Großhandelspreise für Strom bewegen sich seit 2009 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die von uns erhoffte Erholung hat nicht stattgefunden. Ein wesentlicher Grund ist der Zuwachs an Stromerzeugungskapazitäten, insbesondere der dynamische Ausbau der erneuerbaren

Energien.« In Wirklichkeit sind die Preise schon heute zu hoch. Es gebe Anbieter, »die jetzt die Erhöhung der Umlage für erneuerbare Energien nutzen, um überzogene Preisforderungen zu stellen.«

Preissenkungen jetzt

Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur: »Der Spielraum für Preissenkungen hat mittlerweile eine Größenordnung von 3 Cent pro Kilowattstunde.« Schon im Oktober wurden für 2011 starke Preisanstiege angekündigt. Bis zu 10 Prozent. Durchschnittlich 7,1 Prozent. Im laufenden Jahr werden für eine Durchschnittsfamilie mit einem Verbrauch von 4000 kWh (= 923 Euro) zusätzliche 120 Euro fällig.

Es wird wahrlich Zeit, dass die Energiekonzerne enteignet und in öffentliche Kontrolle überführt werden.



Kauft bitte den Solidaritäts-Button für 5 Euro zur Finanzierung des Festes

FEST DER SOLIDARITÄT
Volksfest der DKP & UZ
24.-26. Juni 2011
Dortmund
Revierpark Wischlingen
www.fest-der-solidaritaet.de

Bezirk Rheinland-Westfalen,
Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen,

www.kommunisten.de